

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellensuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die gespaltene Neckenzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 283

Stolp, Freitag, den 3. Dezember 1926

50. Jahrgang

Bewerigung oder Stabilisierung.

Hauszinssteuerdebatte im Preussischen Landtag.

Berlin, 2. Dezember.

Nach Erledigung einer Anzahl kleiner Vorlagen beschäftigte sich der Landtag heute in einer ausgedehnten Aussprache mit einem Antrag des Zentrums, wonach die Hauszinssteuer um den Betrag zu ermäßigen ist, den der Eigentümer als Verzinsung und Tilgung für den Betrag, den er als Hypothek für eine notwendig gewordene Reparatur (Reparaturhypothek) aufgenommen hat, aufwendet.

Die Abg. Hecken (Deutschn.) und Ladendorff (W. Vg.) stellen fest, daß ihre Fraktionen schon vor langer Zeit gleiche Anträge eingebracht hätten, die damals aber mit den Stimmen des Zentrums abgelehnt worden seien.

Abg. Stendel (D. Vp.) erklärt, man müsse doch hervorheben, daß das Zentrum in seiner überwiegenden Mehrheit immer betont habe, diese Bestimmungen könnten nicht eingeführt werden. Trotzdem sei jetzt der Antrag zu begrüßen und er werde hoffentlich bald verabschiedet werden.

Abg. Haese (Soz.) meint, die Sozialdemokraten würden alles daransetzen, daß keine Durchlösung der 3. Steuernotverordnung eintritt, sondern, daß die Erträge der Hauszinssteuer noch erhöht werden, aber zugunsten der Mieter.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Ladendorff (W. Vg.) und Kilian (Komm.), die sich besonders gegen das Zentrum wenden, dem von den Kommunisten Demagogie vorgeworfen wird, nimmt Finanzminister Dr. Höpfer-Schöff das Wort. Er verliest gegenüber in der Öffentlichkeit ausgesprochenen Behauptungen Stellen seiner Reden im zuständigen Landtagsausschuß und weist die Behauptung zurück, er wolle die Hauszinssteuer bewirigen. Er habe nur von einer

Stabilisierung der Hauszinssteuer

gesprochen. Es sei eben nicht angängig, daß derjenige, der einmal wünsche, daß die Wohnungsnot beseitigt werde und der andererseits das Ziel verfolgt, aus der Wohnungszwangswirtschaft herauszukommen, damit einverstanden sein kann, daß alle 2 Jahre ein neuer Kampf um die Verlängerung der Hauszinssteuer geführt werden muß, dessen Ausgang ungewiß ist.

Finanzminister Dr. Höpfer-Schöff bedauert, daß auf dem Parteiausschuß der Demokratischen Partei in der Frage der Hauszinssteuer eine Resolution gefaßt worden ist, die die Verantwortung dem Wohlfahrtsministerium allein aufbürde. Das Wohlfahrtsministerium und das Staatsministerium in der Gesamtheit haben gemeinsam die Verantwortung zu tragen, wie die Neubautätigkeit und ihre finanzielle Auswirkung sich gestalten. Man könne die Neubautätigkeit nur fördern, wenn man ausreichende Mittel der öffentlichen Hand für sie zur Verfügung stelle. Wohnungsnot und Zwangswirtschaft können nur beseitigt werden auf dem von der preussischen Staatsregierung beschrittenen Wege.

Abg. Stendel (D. Volksp.) weist die Behauptung des Finanzministers, er habe niemals von einer Bewirigung der Hauszinssteuer gesprochen, als unrichtig zurück. (Zuruf bei der D. Vp.)

Wir werden sie nie wieder los!

hat er gesagt!) Was soll man unter dem Ausdruck Stabilisierung auch anderes verstehen. Ich hätte versucht, einen Spalt zwischen Demokraten und Zentrum anzutun, scheint mir ein Zeichen einer großen Geschmackslosigkeit zu sein. (Sehr richtig!) bei der D. Vp. Unruhe bei den Demokraten.)

Der Gesetzesantrag für die Hauszinssteuer wird nach weiterer Debatte dem Ausschuß überwiesen.

Hierauf wird der deutschnationale Antrag über die Zusammenfassung der Verwaltungsausschüsse von öffentlichen Arbeitsnachweisen gegen die Rechte abgelehnt. Der Antrag würde eine Anerkennung des Landbundes als wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des Arbeitsnachweisgesetzes bedeuten, ein Standpunkt, der vom Handelsminister abgelehnt worden war.

Es folgt die zweite Beratung der Ausführungs-Novelle zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt. Nach der Novelle sind Träger der Kosten der Fürsorgeerziehung die Kommunalverbände, sie erhalten aus der Staatskasse einen Zuschuß von zwei Dritteln. Das Haus stimmt der Vorlage zu.

Hierauf wendet sich das Haus der Besprechung der Anträge über die Hochwasserschäden zu. Der Ausschuß empfiehlt, wie Abg. Wiemer (D. Vp.) berichtet, die Ablehnung eines deutschnationalen Antrages, der nochmals im einzelnen die schon früher vom Landtag gewünschten Maßnahmen zur Abgeltung und Vorbeugung der Hochwasserschäden zum Beschluß erhellen wollte.

Abg. Dr. von Winterfeld (Deutschn.) bemerkt in der Besprechung, daß von dieser preussischen Regierung nichts für die durch Hochwasser in ihrer Existenz bedrohten Landwirte zu erwarten sei, wenn man nicht die Maßnahmen genau im einzelnen vorschreibe, wie es der deutschnationale Antrag tue. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Man müsse befür-

ten, daß der preussische Innenminister nicht den guten Willen habe, der Landwirtschaft zu helfen. (Sehr wahr bei den Deutschnationalen.)

Damit schließt die Aussprache. Das Haus stimmt dem Antrag des Hauptausschusses gegen Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei bei.

Förderung der Ostmark.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 2. Dezember.

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des Nachtrags-etats für 1926 steht vom Haushalt des Reichsministeriums des Innern noch das Programm zur Förderung der östlichen Grenzgebiete auf der Tagesordnung.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner heutigen Vormittagsitzung beantragt, die von der Regierung für diesen Zweck ausgeworfene Summe von 32 Millionen auf 41 Millionen zu erhöhen.

Abg. Hensel-Ostpreußen (Deutschn.) bezeichnete die schleunige Behebung der Kreditnot des Mittelstandes im Osten als die dringende Aufgabe.

Vom Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) ist ein Antrag eingegangen, der den Hilfsbetrag auf 43 Millionen erhöhen will, von denen 2 Millionen für die bayerischen Grenzgebiete bestimmt sein sollen.

Reichsinnenminister Dr. Kühl weist darauf hin, daß der Reichstag bei der Einsetzung des Ostausschusses ursprünglich nur daran gedacht hatte, durch ein Hilfsprogramm der ostpreussischen und oberschlesischen Grenzbevölkerung den Dank abzuführen für die außerordentliche Treue, mit der sie auf ihrem wirtschaftlich schweren Posten ausgehalten hat. Wenn Bayern dabei nicht berücksichtigt wurde, so liegt darin keine Unfreundlichkeit und kein Verleugern der dort herrschenden Not. Aus dem „Sojort“-Programm ergebe sich schon, daß es sich nur um eine erstmalige Maßnahme handelt und daß die Regierung entschlossen ist, sowohl die östlichen Gebiete Preußens, wie die übrigen Bundesstaaten betrifft, in den Hilfsmaßnahmen weiter fortzuführen. Wir werden mit Bayern, Baden und Sachsen in Verhandlungen eintreten, um auch diese Gebiete zu berücksichtigen. Die Regierung bittet die bayerischen Parteien, sich nicht der Stimme zu enthalten, sondern den Wert der Hilfe dadurch zu steigern, daß mit möglichst großer Mehrheit hierfür der östlichen Grenzbevölkerung der Dank des Reichstages beifolgt wird.

Abg. Dr. Runkel (D. Vpt.) fordert schleunige Hilfe auch für Nordschleswig und beantragt zu diesem Zweck weitere 2-2,5 Millionen bereitzustellen. — Das Haus vertagt sich auf Freitag.

Das Schundgesetz in Frage gestellt?

Unerhörte Brüstung der Deutschnationalen durch die Demokraten.

Berlin, 2. Dezember. In der Frage des Gesetzes gegen die Schund- und Schmutzlitteratur war es heute nach längeren Verhandlungen im Reichstag gelungen, ein Kompromiß innerhalb der Regierungsparteien zustande zu bringen, das sich im wesentlichen auf der gestern bereits angebotenen Linie (Reichspräsidentenstellen, die im Einvernehmen mit den Ländern und mit den Landesregierungen errichtet werden sollen) bewegte. Im Anschluß daran hatten die Regierungsparteien auch mit den Deutschnationalen Besprechungen eingeleitet, in denen sich die deutschnationalen Vertreter ebenfalls mit dem Kompromiß einverstanden erklärten. Somit schien bereits eine aus allen bürgerlichen Parteien bestehende Mehrheit für das Gesetz gesichert zu sein, als die Demokraten in später Abendstunden einen überraschenden Vorstoß gegen die Deutschnationalen unternahmen, der alles wieder über den Haufen geworfen hat. Die Demokraten verlangten nämlich, und zwar gänzlich unmotiviert, daß das oben erwähnte Kompromiß, das nach den Vereinbarungen in Gestalt einer gemeinsamen Anfrage sämtlicher bürgerlicher Parteien gekleidet werden sollte, nur die Unterschrift der Regierungsparteien oder nicht der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei tragen dürfe, widrigenfalls die Demokraten nicht mitmachen würden. Da diese demokratische Forderung einer bewußten Brüstung der Deutschnationalen gleichkam und außerdem noch eine schier unglaubliche parlamentarische Ungezogenheit war, zogen die deutschnationalen Vertreter die einzig mögliche Konsequenz: Sie brachen sofort die Verhandlungen ab und verließen die Besprechung. Bedauerlicherweise muß festgestellt werden, daß weder die Vertreter des Zentrums noch die der Deutschen Volkspartei es für nötig hielten, von dem unerhörten Verhalten der Demokraten abzurücken, sondern sich im Gegenteil dem demokratischen Diktat noch ausdrücklich unterwarfen. Der erwähnte Kompromißantrag ist nämlich bereits heute abend mit den Unterschriften der Regierungsparteien und ohne die der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei erschienen.

Die Deutschnationale Fraktion wird sich morgen vormittag über ihre weitere Haltung gegenüber der durch den demokratischen Vorstoß neugeschaffenen Situation schlüssig werden. Da die Sozialdemokraten und Kommunisten nach wie vor gegen das Gesetz sind, so mögen sich die Regierungsparteien darüber klar sein, daß auch nur eine Stimmenthaltung der Deutschnationalen bei den entscheidenden Abstimmungen das Scheitern des Gesetzes mit Sicherheit zur Folge haben würde.

An die Adresse Briands.

Außenpolitischer Vorstoß des bayerischen Ministerpräsidenten.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hielt in der Vollversammlung des bayerischen Landtags eine Rede, in der er sich auch mit der Außenpolitik befaßte.

Wo ist, so führte der Ministerpräsident aus, die wahre Befriedung geblieben, die uns versprochen wurde? Könnte es sonst nach Locarno, nach Genf und Thoiry überhaupt noch eine Rheinland- und Pfalzbesetzung geben, die ein eklatanter Widerspruch gegen die Abmachungen von Locarno und Genf ist? Wie steht es mit der Kriegsschuldbüße, die als Meinschuld wie eine Schmach auf uns lastet? Solange diese Schmach nicht von uns genommen ist, solange kann man auf der Gegenseite nicht behaupten, daß der Weg frei und offen ist für die Befriedung der Völker.

Wie steht es mit den Kolonien? Wird unser Verlangen nach Kolonien nicht erfüllt, so ist der Weg zur Befriedung nicht offen. Wie steht es mit der Militärkontrolle und mit der Abrüstung der anderen Staaten? Wir haben den Beweis erbracht, daß wir bereit sind, mit den übrigen Völkern in friedlicher Arbeit für Kultur und Hebung der Gesamtwirtschaft zusammen zu arbeiten.

Eine polnische Protestnote.

Der Reichstag darf an Polen keine Kritik üben.

Die Wahlen in Oberschlesien sind der polnischen Regierung offenbar schwer auf die Nerven gefallen. Ihrem Ärger über das Fiasko des Polentums hat sie jetzt in einer Note Luft gemacht, die am 30. November durch den polnischen Gesandten in Berlin überreicht wurde. Sie enthält einen förmlichen Protest der polnischen Regierung gegen die Erklärung, die am 23. November dieses Jahres in der Angelegenheit der letzten Gemeinderatswahlen auf dem Gebiete der schlesischen Wojewodschaft im Namen der Regierungsparteien im Deutschen Reichstag vom Abgeordneten Emminger abgegeben worden ist.

Die Note stellt fest, daß diese Deklaration von Seiten der genannten Parteien eine Kritik der Wahlen, sowie des Vorgehens der polnischen Behörden gegenüber Bürgern der polnischen Republik enthält. Weiterhin stellte die Note fest, daß diese Erklärung sich mit dem Verhältnis der polnischen Regierung zu der deutschen Minderheit in Polen befaßt und daß sie eine Wendung enthält, worin die genannten Parteien gegenüber den Wählern, die für die deutsche Liste gestimmt haben, ihren Dank aussprechen. Die Note weist darauf hin, daß diese Kundgebung in Anwesenheit der Vertreter der Reichsregierung stattgefunden hat. Sie betrachtet sie als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates, was den internationalen Gepflogenheiten zuwiderläuft, und in der öffentlichen Meinung beider Länder unerwünschte Wirkungen hervorzuheben muß, die geeignet sind, den gegenseitigen Beziehungen Abbruch zu tun.

Zu dieser neuen polnischen Unverschämtheit wird deutscherseits in einer offiziellen Bemerkung wie folgt Stellung genommen:

Der Protest der polnischen Regierung ist insofern nicht ganz verständlich, als es sich um eine Erklärung politischer Parteien handelt, auf deren Form und Inhalt die Regierung keinen Einfluß hat. Den Parteien als solchen wird man nach der materiellen Seite hin das Recht nicht bestreiten können, zu dem Ergebnis einer Wahl in einem ehemals deutschen Gebiete Stellung zu nehmen, das die Verbundenheit dieses Gebietes mit der deutschen Kulturgemeinschaft zum Ausdruck bringt, und in diesem Sinne die Sicherung der Erhaltung dieser Gemeinschaft zu fordern.

Forderungen der Kriegsbeschädigten.

Am 28. November 1926 fand in Berlin die 6. Reichsvertreterversammlung des Verbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Deutschen Reichskriegerbundes „Krißhäuser“ statt, an der Vertreter aller außerpreussischen Landesgruppen und der Provinzial- und Regierungsbezirksgruppen Preußens, sowie eine größere Anzahl von Vertretern der Behörden und des Reichstages teilnahmen. Der 1. Vorsitzende des Verbandes, Staatsrat a. D. Dr. Quard, begrüßte zunächst die Vertreter der Behörden und gedachte des

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Zur Verdingung der Maurer- und Zimmerarbeiten für den Umbau des alten städtischen Krankenhauses in der Holstentormauerstraße ist Termin

auf **Donnerstag, den 9. Dezember 1926, vormittags 10 Uhr** im Stadtbauamt, Zimmer 39 des Rathauses anberaumt, wo auch die Verdingungsunterlagen ausliegen bezw. gegen Erstattung der Schreibkosten entnommen werden können. Angebote nebst Baustoffproben sind post- und bestellgeldfrei verschlossen und gehörig bezeichnet spätestens zum Termin einzureichen. Später eingehende Angebote werden nicht berücksichtigt.

Zuschlagsfrist 21 Tage.

Stolp, den 2. Dezember 1926.

Der Magistrat.

Herzliche Weihnachtsbitte für Blinde.

Weihnachten naht, das Fest des Lichts und der Liebe, der Freude am Geben und am Empfangen.

Da bittet der unterzeichnete Verein auch in Liebe der Lichtlosen zu gedenken. Die schwere wirtschaftliche Lage mit Arbeitslosigkeit und Entbehrung hat besonders hart die Blinden getroffen, die schon in guten Zeiten schwer im Kampf ums Dasein ringen mußten. Vielen unter ihnen, die im Leben selbständig bestehen wollen durch eigener Hände Arbeit, fehlt es heute am Unerwartetsten zur Lebensführung. Damit zu Weihnachten auch ein Strahl der Freude in ihr Dunkel fällt, möchten wir den besonders Hilfsbedürftigen gern den Weihnachtstisch decken und bitten hierzu um freundliche Gaben.

Der Vorstand des Pommerschen Blindenvereins.

Gaben für die Blinden in Empfang zu nehmen, sind gern bereit:

Frl. Käthe Haffe, Gr. Understr. Nr. 5.

Herr Hotelbesitzer Heinz Venk, Neutorstr. Nr. 22.

Herr Polizei-Bürooberinspektor a. D. Karl Krause, Uhlandstr. Nr. 3.



Uhren-Kauf

ist Vertrauenssache.

Ich habe eine große Auswahl in allen Preisen.

Ernst Gast

Holstentorstr. 17

Bitte genau auf die Firma zu achten

Fernsprecher 341

Fernsprecher 341

Friedrich Stamm

Spezialgeschäft für Damen-Moden
Massanfertigung — Stofflager

Stolp i. Pom., Bahnhofstrasse Nr. 25.

Solide Preise.



Puppen- Wagen

in grosser Auswahl von 10 Mk. an

Paul Lange

Mittelstrasse 46.

Wir suchen für

Hinterpommern

einen tüchtigen

Inspektor.

Wir gewähren feste Bezüge, Provisionen und Spesen.

Diktations-Vertrag. Vertrauliche Behandlung von Bewerbungen.

„Janus“

Hamburger Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
Hamburg, Neuer Jungfernstieg 18.

Ab 1. Dezember 1926 vergüten wir

für Einlagen

auf Spar- und Depositen-Konten

bei täglicher Kündigung 5% Jahreszinsen

„ monatl. „ 6% „

„ dreimonatl. „ 7% „

Bank für Haus- und Grundbesitz

im Regierungsbezirk Köslin

E. G. m. b. H.

Danziger Privat-Actien-Bank

Filiale Stolp

Deutsche Raiffeisenbank A.-G.

Geschäftsstelle Stolp

Kreis-Spar-Kasse

des Landkreises Stolp

Ostbank für Handel und Gewerbe

Zweig Niederlassung Stolp

Provinzialbank Pommern

(Girozentrale)

Zweiganstalt Stolp i. Pom.

Städtische Sparkasse

Stolper Bank Aktiengesellschaft

Bereinsbank für Pommern A.-G.

Heinrich Westphal und Sohn



Tafelsilber — Trauringe — Schmuck

Bestecke in allen Preislagen

Hans Pfeiffer, Juwelier

Langestr. 4.

Fernsprecher 1149.

Alfred Grau, Stolp i. Pom.

Fernruf 826

Lederlager — Techn. Geschäft

Holstentorstrasse 24

Grösstes Lager am Platze in

besten Kernleder-Treibriemen

Haarriemen : Baumwollriemen : Hanfriemen

Riemenverbinder aller Art — Holzriemenscheiben — Treibriemenwachs

Maschinen- und Zylinder-Oele

Konst. Fett — Wagenfett — Lederfett

Asbest- und Dichtungsplatten — Packungen — Putzwoile

Bekleidungsleder Pumpen-Manschetten Möbellleder

Stadttheater

Telephon 419.

Freitag, den 3. Dezember
8 Uhr

„Der Troubadour“

Oper in vier Akten v. G. B. di.

Sonntag, den 5. Dezember

Nachmittags 1/4 Uhr

Zu ganz bedeutend ermäßigten

Preisen!

Zum letzten Male!

„Wiener Blut“

Operette in drei Akten

von J. Strauß.

Abends 1/28 Uhr

„Anna Lisa“

Histor. Lustspiel in 5 Akten

von Herich.

Freibank.

Donnerabend vorm. 8 Uhr

Verlauf von Rind-

und Schweinefleisch.

Die Schlachthofverwaltung.

Glück - Auf!

Ziehung 18. Dez.

Arbeiterwohlfahrt

Weihnachts

Lotterie

165 302 Gewinne über Mark

800 000

50 000

25 000

Los 50 Pfennig

10 Lose franko Mark 5.—

Porto und Liste 35 Pf.

empfiehlt und versendet auch

unter Nachnahme oder gegen

Briefmarken.

Georg Binder,

Bankhaus Hamburg.

Neuer Jungfernstieg 1.

Bestellung eilt sehr!

Fussmatten!

Grösste Auswahl

billigste Preise.

Rohrmatte

glatt klein 0,70

„ groß 0,95

„ Holl. gestr. „ 0,70

Cocos-Doppel-Matte

m./R. fl. 0,95

„ „ m./R. gr. 1,25

Holländer-Matte

gestr. gr. 1,40

„ Schachbr. gr. 1,50

Rohrstoffendecke gr. 1,25

Cocostoffendecke gr. 2,75

Belourfaser-Matte

groß 2,95

und alle andern Sorten

empfiehlt

Max Reimann,

Seifen-Spezialhaus

nur Schmiedestr. 7.

Uhren-

Reparaturen

sauberste und schnellste

Ausführung.

== Billigste Preise. ==

Kunst

Uhrmacher

Holstentorstrasse 5.